

Europa

Autor(en): **Lang, Alfred / Andermatt, Andreas / Bötsch, Manfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **47 (1992)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891972>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EUROPA



EWR ante portas!

Kommt er oder kommt er nicht? Das Für und Wider geht quer durch alle Bevölkerungsschichten. Wir können es drehen und wenden wie wir wollen, es gibt Gründe dafür und solche dagegen. Wie wir sie gewichten, liegt an uns. Weder Befürworter noch Gegner können uns die heile Welt nach dem 6. Dezember garantieren. Das ist vielleicht gut so. Denn so oder so, mit oder ohne EWR werden wir, und nicht nur wir Bauern oder wir Schweizer, alle Hände voll zu tun haben, die Probleme des Zusammenlebens der Völker zu meistern. Das Thema scheint uns wichtig genug, dafür einige Seiten dieses Heftes zu reservieren. Aber die Diskussion wird am Abend des 6. Dezember 1992 nicht abgeschlossen sein, dann wird sie erst richtig anfangen!



*Jenseits vom
Kosten-Nutzen-Saldo –*

Europa-Anliegen mit Kopf und Herz

Alfred Lang, Professor für Psychologie an der Universität Bern

Man kann sich des Eindrucks schwer erwehren, die Diskussionen zur Europafrage in Presse und Medien – und mehr noch die

Deklarationen im Parlament – drehten sich vor allem um wirtschaftliche Vor- und Nachteile. Der Bauch grollt (aus Besitzstandsverlustangst) und giert (wer hat, will immer mehr).

Aber es geht hier doch um Elemente einer Jahrhundertentscheidung! Müsste nicht eine *längerfristige Perspektive* schwerer wiegen? Ob das Bruttosozialprodukt in diesen Jahrzehnten um ein paar Prozent gewachsen oder gesunken sein wird, ob diese oder jene Wohlfahrtserrungenschaft hinzugewonnen oder reduziert werden musste, wieviel Promille welchen Schadstoffs ein paar Jahre früher oder später ausgemerzt werden konnten: danach wird doch später kein Mensch mehr fragen. Hingegen werden uns unsere Enkel und Enkelkinder danach beurteilen, ob wir mit dieser Entscheidung eine kollektive Existenz, eine *generationenüberdauernde Identität* – nämlich die ihre zusammen mit der unseren und derjenigen unserer gemeinsamen Vorfahren und Nachkommen – für ein paar Silberlinge aufs Spiel gesetzt oder erhalten haben.

Übergreifende Gesichtspunkte sehe ich in drei Bereichen, (a) der ökonomisch-ökologischen Weltlage, (b) dem Problem der persönlichen und sozialen Identität und (c) der Art und Weise des öffentlichen Handelns, d.h. der Politik. Ich gestatte mir prononcierte Formulierungen ausgewählter Aspekte daraus.

Hingegen werden uns unsere Enkel und Enkelkinder danach beurteilen, ob wir mit dieser Entscheidung eine kollektive Existenz, eine generationenüberdauernde Identität für ein paar Silberlinge aufs Spiel gesetzt oder erhalten haben.

Erdverträgliche Weltwirtschaft

Die zur Debatte stehenden europäischen Strukturen EWR und EG folgen der Wachstumsphilosophie der westlichen Moderne. Der Plan zur «Neuen Alpen-Transversale» (NEAT) erscheint als eine der bezeichnendsten Einzelmanifestationen dieses Geistes. Eine vorhergesagte oder herbeigewünschte Verdoppelung des Verkehrsvolumens in 20 Jahren soll von der Strasse auf die Schiene umgeleitet werden.

Was heute not tut, ist aber eine radikale Reduktion des Ressourcenverbrauchs.

Was für Illusionen erliegen wir da! Für beide Transportarten wird in der Summe grob die gleiche verdoppelte Energiemenge benötigt; ob die eine etwas «sauberer» ist als die andere, macht global einen kleinen Unterschied. Was heute not tut, ist aber eine radikale Reduktion des Ressourcenverbrauchs. Es geht um einen Schatz, den wir unseren Nachkommen nicht nur wegnehmen, sondern durch dessen Umsatz wir sie zusätzlich den Risiken der Erderwärmung und der Erdverstrahlung aussetzen und ihnen eine klimatisch turbulente, chemisch verseuchte und biologisch verarmte Umwelt hinterlassen. Europäischer Binnenmarkt und Wirtschaftsgemeinschaft haben zum Zweck, Hunderte und Tausende solcher stoff- und energieumsatzvermehrender Projekte auszulösen und zu investieren. Dies in einer Zeit, wo Gegensteuer überfällig ist: nämlich am *point of no return*.

Staatliche Organisationen haben Menschen dazu aufgebaut, um Individuen und Gruppen vor Katastrophen zu schützen, gegen wilde Natur und böse Menschen, gegen Übergriffe der Nachbarn und Überfälle von Fremden.

Wenn nun staatliche Massnahmen eigens dazu entworfen und benützt werden, um eine globale Katastrophe wahrscheinlicher zu machen und rascher herbeizuführen, so sind die Bürger dieser Staaten aufgerufen, solches zu verhindern.

Wenn nun staatliche Massnahmen – und das sind doch wohl Staatsverträge und überstaatliche Zusammenschlüsse – eigens dazu entworfen und benützt werden, um eine globale Katastrophe wahrscheinlicher zu machen und rascher herbeizuführen, so sind die Bürger dieser Staaten aufgerufen, solches zu verhindern. Überdies ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet ein Kleinstaat eine derart überdimensionierte Investition tätigen soll, die eingestandenermassen auf dem freien Markt keine Chance hätte. Aber auch dieser Kleinstaat leidet offenbar am Olympiasyndrom verbunden mit Grössenwahn. Während Jahrzehnten unter den Erfolgreichsten und in mancher Hinsicht der Erste, kann er es schwer ertragen, ins – immer noch vorzügliche – Mittelmass abzusinken. Dabei könnte man gerade aus den Privilegien, deren wir Schweizer uns heute erfreuen, die Verpflichtung ableiten, der industrialisierten Welt ein Zeichen zur Umkehr zu geben. Die Jahrtausendwende allerspätstens ist die Zeit zur Einleitung von Stabilisierungen, weltweit, und nicht zum Weiterwachsen von Teilen auf Kosten anderer. Die Politiker sind aufgerufen, Prozesse zu planen und in Gang zu bringen, die den weltweiten Wettbewerb um die Medaillen des Wachstums des Ressourcenverbrauchs und der Bevölkerungen beenden und humanere For-

Wenn einige immer noch mehr zu gewinnen versuchen, werden alle verlieren.

men des Zusammenlebens fördern. Wenn einige immer noch mehr zu gewinnen versuchen, werden alle verlieren.

Ein Menschenbild von gestern

Ebenso bedenkliche Folgen des «Brüsseler» Programms sehe ich auf der psycho-sozio-kulturellen Ebene. Denn eigentlich stehen *anthropologische Grundfragen* zur Klärung, wenn wir an der Oberfläche über ökonomisch-ökologische oder über politische Entwicklungsrichtungen streiten.

Aus den Ergebnissen der biologischen und kulturbezogenen Wissenschaften lassen sich Folgerungen ziehen, welche jenen Grundannahmen über Menschen radikal widersprechen, wie sie die westliche Zivilisation der vergangenen Jahrhunderte angeleitet haben und auch die Fortschrittsgläubigkeit der europäischen Planer bestimmen.

Zum Beispiel lässt sich unzweifelhaft feststellen, dass der Mensch nicht länger als ausserhalb der Natur stehend, als ein mit ihrer Ausnutzung zu seinen Gunsten «Beauftragter» oder gar als ihr vernünftiger Beherrscher verstanden werden kann. Vielmehr ist er Teil der Natur, und damit ein sowohl in ihr agierendes wie ein von ihr betroffenes Glied eines äusserst heiklen evolutionären Gleichgewichts. *Durch seine kulturelle Natur*, seine Fähigkeit zum Symbolgebrauch, zur Herstellung von Dingen (im weitesten Sinn), und damit zum *gemeinschaftlichen und vorausschauenden Handeln*, verfügt er

Die systematische Missachtung solcher Tatsachen hat Mensch und Natur an den Rand ihrer Selbstzerstörung geführt.

freilich nicht nur über die Möglichkeit des gezielten Weltveränderns, sondern wird auch zum Träger der Verantwortung für deren Folgen. Die systematische Missachtung solcher Tatsachen hat Mensch und Natur an den Rand ihrer Selbstzerstörung geführt.

Denn das «moderne» Menschenbild geht von der Annahme aus, die Existenz des Menschen sei vorab eine individuelle, seine Vitalität lasse sich durch Vernunft lenken, und seine Eingliederung in soziale Systeme sei eine rein zweckdienliche Zutat, Herstellung und Gebrauch von Dingen bloss instrumentell, nach Bedarf und Belieben machbar. Dementsprechend setzt der «moderne» Europäer auf das mobile, aus allen sozialen Bindungen befreite Individuum, das sich der verschiedenen Techniken, des Geldes und des Transportes nach seinen Wünschen bedient und seine Mitmenschen in immer weiter getriebener Spezialisierung und Arbeitsteiligkeit für zweckdienliche Dienstleistungen zu all dem einsetzt, was es selber nicht gelernt hat. Das Programm der *vier Freizügigkeiten* ist eine Perfektionierung dieses «modernen» Umgangs mit dem Menschen, indem es ihn «vereinzelt» und in Arbeit und Freizeit einspannt in die Produktion und den Konsum von Waren und Programmen.

Uns macht die Zivilisationsmaschine je länger je abhängiger von einer Vielzahl von anonymen Instanzen.

Wir verschaffen uns damit zweifellos ein komfortables Leben. Doch macht uns die Zivilisationsmaschine je länger je abhängiger, zwar nicht mehr so sehr von einzelnen Machhabern als von einer Vielzahl von anonymen Instanzen einschliesslich unserer eigenen Begierden unter dem Konformitätsdruck der andern. Das Befreiungsprogramm der Auf-

klärung ist in sein Gegenteil pervertiert. Aus den intendierten mündigen Subjekten ihrer selbst sind Objekte von technischen, wirtschaftlichen und juristischen Mechanismen geworden. Immer mehr leiden wir am Zurückbleiben der Kultur der Personen hinter der übersteigerten «Kultur» der Dinge – und nun will man der Kultur der Dinge und Programme noch einen weiteren massiven Dreh versetzen und alle Sorten von Dingen europaweit herstellen und verbreiten.

Mit der europa- und weltweiten Normierung und Streuung der Dinge nehmen wir ihnen aber genau ihren eigentlichen Sinn. Denn ohne sie wären wir nicht nur ärmer und weniger tüchtig. Sondern wir wären ohne persönliche und soziale Identität, welche das Ensemble der zu uns selbst gehörenden Dinge trägt. Wir wären keine Menschen mehr, würden zu verlorenen Einzelwesen, ohne Einfluss auf gemeinsames Handeln und damit auch ausserhalb der Verantwortung dafür. Denn mit der *Kultivation ihrer eigenen und einmaligen Umwelt* wird jede Menschengruppe zu dem, was sie ist und werden möchte, und damit kann sie ihre Identität allen andern auf einfachste Weise zeigen und sich von den andern unterscheiden. Es hat doch gute Gründe, dass wir so sehnsüchtig reisen und Städte und Ensembles von Dingen bewundern, durch welche sich fremde, und meistens gefährdete oder vergangene, Kulturen verwirklichten und ausdrücken.

Politik auch von unten her

Staatliche Einrichtungen – eine besondere Form dieser eigenen Kultur einer Gruppe – seien dazu erfunden worden, habe ich gesagt, um Menschen vor ihresgleichen zu schützen und die Folgen von unvermeidlichen Katastrophen zu mildern. Natürlich muss man solche Aufgaben an Personen und Institutionen delegieren: Regierungen und Parlamente, Verwaltungen und Justizsysteme sind gängige Delegationsformen.

Nun ist es immer schon so gewesen, dass man den Delegierten für ihren Einsatz im Allgemeininteresse etwas bieten muss, und dass diese aber ihren Auftrag leicht und gern als Gelegenheit zur Bereicherung ihrer selbst und ihrer Unterstützer missverstehen und weidlich zu nutzen wissen. Naturgemäss ist das Verhältnis zwischen Delegierenden und Delegierten deswegen ein gespanntes. Allzuoft spielt auch «Selbstdelegation» mit, und die Delegierten tun mehr als dem Ganzen wohl bekommt.

Man muss nun wohl klar sehen, dass Einfluss von unten in einem wirtschaftlich und erst recht in einem monetär und politisch vereinigten Europa keine rechte Chance mehr haben würde.

Die Eidgenossen im Alpenland haben nun, so weit ich das über schaue, ein System gepflegt, das mit einem gewissen Erfolg wenigstens über gewisse Zeiten Delegierte und Delegierende näher beieinander halten konnte, als dies in den meisten europäischen Staaten in der Geschichte der Fall gewesen ist. Dafür wurden wir bewundert und benieden, natürlich nicht immer zu Recht. Heute scheint das bei uns nur mehr bedingt der Fall zu sein, und in anderen Republiken hat man eine gewisse Kontrolle von unten her ebenfalls errungen.

Man muss nun wohl klar sehen, dass Einfluss von unten in einem wirtschaftlich und erst recht in einem monetär und politisch vereinigten Europa keine rechte Chance mehr haben würde. Denn die hiezulande bevorzugte Art des öffentlichen Lebens beruht darauf, dass Delegierte und Delegierende miteinander in einer Zweiweg-Interaktion bleiben. Impulse und Kontrolle von unten und von oben sollen sich langfristig die Waage halten. Von einer gewissen Grösse der politischen

Einheit an ist das kaum mehr möglich, sondern auf das plumpe Alles-oder-nichts-Prinzip der Wiederwahl oder des Referendums reduziert. Schon in der kleinen Schweiz ist der Stimmzettel mehr zu einer Notbremse geworden.

Selbstverständlich gibt es Aufgaben, welche Delegationen in einen grösseren geographischen Kreis als eine funktionierende Republik erfordern. In der EG hat man mit Recht erkannt, dass eine europäische Republik nach dem Modell der Nationalstaaten nicht funktionieren kann; aber Alternativen sind noch nicht entwickelt, und die gegenwärtigen Ersatzlösungen sind, wie die Verhandlungs- und Regulierungsstrategien der EG-Organe zeigen, wenig vertrauenssichernd.

Die Freiheit zur Entfaltung muss vom Menschenrecht auf Freiheit von Entfaltungswirkungen begrenzt werden.

Freiheit von Entfaltungswirkungen

Mit der Verwirklichung seiner Freizügigkeiten eröffnet das «Brüsseler» Programm den individuellen Entfaltungswünschen einmal mehr erweiterte Realisierungschancen. Es ist das Programm des individualisierten und programmierten und dabei vielfältig manipulierten und mobilisierten Individuums, das zwecks Selbstverwirklichung die Umwelt übernutzt und sich einbildet, es hätte alles, einschliesslich seiner selbst, in seiner Hand. *Gibt es aber ein Recht auf individuelle Entfaltung, dann muss es auch ein Recht geben, den Nebenwirkungen der Entfaltungstätigkeiten anderer zu entgehen.* Die Freiheit zur Entfaltung muss vom Menschenrecht auf Freiheit von Entfaltungswirkungen begrenzt werden. Die Logik der Aufklärung hat hier einseitig den «Fortschritt» bevorzugt.

In unserer Rechtsordnung setzen

Wer behauptet, es gebe keine Wahl, gibt die Würde des Menschseins zum vornherein auf.

wir die Grenze der Freiheit an der manifesten leiblichen und materiellen Integrität der anderen und ergänzen dies durch schwache allgemeine Regeln wie Privatreicherschutz und Immissionsgrenzwerte. Die enorme Ausweitung der Entfaltungstätigkeiten durch das «Brüsseler» Programm wird, so glaube ich, demonstrieren, dass dies nicht ausreicht. Wir werden, wenn es Tatsache werden sollte, eine ungeheure und sehr schmerzhaft *Aufschaukelung von Entfaltungs- und Vermeidungsansprüchen* erleben. Die Rechte derer, die etwas wollen, werden mit den Ansprüchen derer, die jenen Entfaltungsabfall nicht schlucken wollen oder können, ins Gleichgewicht gebracht werden müssen.

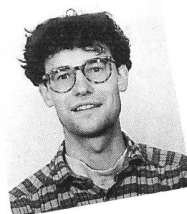
Heute haben wir Schweizer *Wahlfreiheit* zwischen zwei Optionen: wir können uns entweder in dieser modernen Spätzeit derzeit von den meisten Regierenden erhofften europäischen Entwicklung unterziehen, oder wir können in eine Warteposition gehen und dazu vernehmlich und deutlich erklären, dass längerfristig ein klügeres und menschlicheres Europa erarbeitet werden soll, und in entsprechenden Bewegungen aktiver werden. Wer behauptet, es gebe keine Wahl, gibt die Würde des Menschseins zum vornherein auf. Denn diese besteht darin, Optionen zu prüfen und die bestmögliche zu wählen.

Gibt uns die europäische Entwicklung recht, indem immer mehr Menschen diese andere Seite ihrer Menschenrechte geltend machen, so werden wir später in einer künftigen Föderation der europäischen Regionen noch willkommener sein als heute. Lässt uns der europäische Gang der Dinge im Stich, geben die Europäer dem Bauch vor Kopf und

Herz den Vorzug, so werden wir auch später noch anklopfen können. Nicht nur wird eine künftige «Europäische Union» (EU) den Alpendurchgang immer noch brauchen, und die kleinen Staaten werden, wenn sie dann noch als solche existieren, schon aus Selbsterhaltung sich für uns einsetzen. Sie müssten ja sonst mit ähnlicher Arroganz der zentralen Instanzen ihnen gegenüber rechnen, wenn die «EU» die Alpenrepublik ächten und bestrafen wollte.

Vielleicht hat noch nie eine Zeit ihre Lebensbedingungen schlechter verstanden als die unsere, obwohl sie ein Vielfaches darüber weiss als jede frühere. Sind unsere regierenden Delegierten deshalb so leichtfertig bereit, mit uns zu experimentieren, oder tun sie es aus einfacher Ruchlosigkeit ihres Ehrgeizes? Im Wissen, dass man mit Argumenten gegen drohenden Besitzstandsverlust fast jede und jeden auch für verrückteste Zwecke einnehmen kann, wenn man nur Angst durch Hoffnung zu ersetzen verspricht? Können wir die Gier unserer Bäuche mit den Analysen unserer Köpfe und der Sehnsucht unserer Herzen für eine menschenwürdigere Welt bezwingen?

Aus UNIPRESS 74, Oktober 1992



EWR – Das kleinere Übel!

Die Abstimmung über einen EWR – Beitritt der Schweiz bereitet insbesondere dem Bauernstand offensichtlich allfällige Sorgen. Viele Bauern befürchten, dass ihnen mit der Annahme des Vertrages durch den Souverain die finanziellen Rahmenbedingungen und damit ihre Existenz

entzogen wird. Wir zittern um unsere Produzentenpreise, die zu sinken drohen.

Aber sinken denn die Preise nicht jetzt schon, indem wir zum Beispiel auf einen allgemein üblichen Teuerungsausgleich verzichten müssen? Sind denn die Massnahmen zum «Beschleunigten Strukturwandel» oder zur «Gesundshrinkung», um die unschönen aber gebräuchlichen Worte zu benutzen, in der Landwirtschaft nicht schon längst eingeleitet? Der Kampf ums wirtschaftliche Überleben wird mit oder ohne EWR härter, da dürfen wir uns keine Illusionen machen. Das Verständnis der nicht-bäuerlichen Bevölkerung gegenüber unserer protektionistischen und teuren Landwirtschaftspolitik schrumpft in Zeiten von Rezession, steigender Arbeitslosigkeit und leeren Staatskassen zusehends.

Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, unsere bisherige, nicht über alle Zweifel erhabene Agrarpolitik zu verteidigen und zu glauben, den im Rollen begriffenen Zug der Integration der Schweiz in Europa zum Stoppen zu bringen. Besser wäre es meiner Meinung nach, sich auf das vorzubereiten, was uns morgen oder später unausweichlich erwartet. Der Kopf wird niemandem abgeschlagen! Der unternehmerisch denkende, innovativ handelnde und ökologisch wirtschaftende Bauer wird sich auch in Zukunft behaupten können.

Viele Bereiche der Agrarpolitik werden meines Wissens zu unserem Glück aus dem EWR-Vertrag ausgeklammert. Dies wäre bei einem Beitritt der Schweiz zur EG nicht der Fall. Dort werden die Kompetenzen zur Gestaltung der Agrarpolitik den einzelnen Mitgliedstaaten entzogen. Die Bauern haben dem Diktat aus Brüssel Folge zu leisten. Ich sehe daher den EWR-Vertrag nicht als Zwischenstation auf dem Weg zur EG, sondern als eine für die Landwirtschaft tragbare Lösung, die zugleich eine wirtschaftliche Isolation der exportorientierten

Dienstleistungs- und Industriebetriebe unseres Landes verhindert. Denn nur eine gesunde, konkurrenzfähige Wirtschaft ermöglicht unseren kleinstrukturierten, bäuerlichen Familienbetrieben die nötigen Direktzahlungen.

Andreas Andermatt, Steinach



EWR: Europäische Integration ohne Bauernopfer

Es ist augenfällig, dass das Schweizer Volk dem EWR mit grosser Skepsis begegnet. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass die meisten von uns am liebsten nichts an dem ändern möchten, was in den vergangenen Jahrzehnten gut funktioniert hat. Weshalb sollen wir uns plötzlich nach Europa ausrichten, wo wir doch bisher auf unserem Weg besser gefahren sind als die EG selber? Diese Haltung ist auch bei den Bauern immer wieder anzutreffen. Sie bringen Europa in Verbindung mit der schlechten Situation der Bauern in der EG. Und von dort her ist Europa etwas, das es zu verhindern gilt.

Die zentrale Frage lautet nun aber, ob wir uns tatsächlich darauf verlassen können, dass es auf dem bisherigen Weg problemlos weitergeht. Hier stehen die Zeichen eindeutig auf Veränderung. Die Entwicklung der Wirtschaft verläuft schleppend. Ohne interne Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit riskieren wir, wirtschaftlich ins Abseits zu geraten. Auch die Gegner des EWR fordern bekanntlich eine weltoffene Schweiz, die selber die Kraft zu inneren Reformen aufbringt. Mit den jüngsten Veränderungen in Mittel- und Osteuropa stellt sich die Frage, wie das künftige Europa gestaltet wird,

so etwa im Bereich der Sicherheitspolitik. Dies alles sind Fragen, in denen wir mit einer blossen Weiterführung des Bestehenden nicht weiterkommen: Unser Land muss Antworten auf diese Herausforderungen finden.

Das Gleiche gilt für die Landwirtschaft. Auch wenn die meisten Bauern das bisherige System am liebsten unverändert festschreiben möchten, erleben sie immer wieder, dass dies nicht machbar ist. Preise fallen zusammen, weil die Produktion schneller steigt als die Nachfrage. Die Konsumenten kaufen bei einem zu grossen Preisgefälle vermehrt jenseits der Grenzen ein und in den internationalen Verhandlungen herrscht nach wie vor ein sehr starker Druck in die Richtung einer möglichst weitgehenden Liberalisierung. Blosses Beibehalten des Bestehenden führt ins Abseits.

Solche Ansichten sind nicht unbedingt populär. Wer lieber wenig bis nichts verändern möchte, wird den EWR-Gegnern glauben schenken. Er sollte dabei allerdings bedenken, dass die Gegner für eine weltoffene Schweiz eintreten und interne Reformen – somit also Veränderungen – fordern. Die Frage lautet damit nicht, ob wir um Veränderungen herumkommen, sondern ob der EWR hierfür einen gangbaren Weg darstellt.

Der EWR ist sicher keine Wunderlösung, wohl aber ein pragmatisches Mittel, um den Zutritt zum gemeinsamen Markt zu sichern und zudem den nötigen Anstoss zu den für den wirtschaftlichen Erfolg unabdingbaren Reformen auszulösen. Auf jeden Fall gibt es nichts Vergleichbares, das ebenso weit konkretisiert ist wie der EWR. Konkrete Vorschläge für interne Reformen gibt es höchstens in Ansätzen. Und zudem wäre dann der Zutritt zum gemeinsamen Markt nicht im selben Mass gesichert wie beim EWR.

Die Diskussion um den EWR wird dadurch erschwert, dass dieser für den Bundesrat nur eine

Etappe zum EG-Beitritt darstellt. Diese Sichtweise ist absolut nicht zwingend. Einmal gilt es zu unterstreichen, dass es zwei verschiedene Volksabstimmungen gibt und dass folglich jeder Stimmbürger zwischen den beiden Dingen wählen kann. Zum zweiten wird mit dem EWR die wirtschaftliche Situation gelöst. Gerade bei den Unsicherheiten in bezug auf die künftige Entwicklung der EG – politische Union, Währung, usw. – müssen meines Erachtens EWR und EG-Beitritt sauber voneinander getrennt werden: Eine offene Haltung zum EWR verträgt sich absolut mit einer Ablehnung des EG-Beitritts.

Dieser Unterschied ist aus der Sicht der Landwirtschaft von zentraler Bedeutung. Beim EWR bleibt die Zuständigkeit für die Agrarpolitik in Bern, beim EG-Beitritt wäre Brüssel für unsere Landwirtschaft zuständig. Ein Blick auf die schlechte Situation der EG-Landwirtschaft zeigt, dass ein Beitritt unseren Bauern schlicht und einfach nicht zumutbar ist.

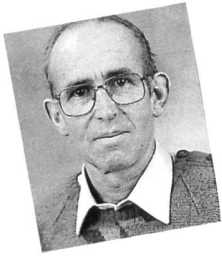
Die Bedeutung des EWR für die Landwirtschaft liegt aber nicht einfach darin, dass die Agrarpolitik Sache unseres Landes bleibt und dass die Bauern mit der Senkung verschiedener Kostenpositionen rechnen dürfen. Sie liegt auch darin, dass er die Lasten der internen Reformen breit verteilt. Gerade die Diskussionen um den EWR haben deutlich gemacht, dass es in unserem Land viele Branchen gibt, die durch verschiedenste Massnahmen und Vorkehrungen einen Schutz geniessen. Diese Branchen sind aber im Unterschied zur Landwirtschaft nicht Gegenstand der Liberalisierungsbemühungen im GATT und sie haben sich meist auch nicht mit dem Einkaufstourismus auseinandersetzen. Wenn nun der EWR nicht kommt, wird sich die Exportwirtschaft im GATT den Zutritt zu fremden Märkten erkämpfen wollen. Sie wird dabei von all jenen binnenorientierten Bran-

chen unterstützt, die ein Interesse an einer florierenden Exportwirtschaft haben. Zutritt zu fremden Märkten gibt es aber nicht umsonst. «Bezahlt» wird dann eben mit Konzessionen bei der Landwirtschaft. Im weiteren wird die Landwirtschaft auch bei den Beitrittsverhandlungen zur EG den Druck der Wirtschaft zu spüren bekommen: Unsere Wirtschaft wird einen ungehinderten Zutritt zum EG-Markt durchsetzen wollen.

In der gegenwärtigen Diskussion um den EWR wird vor allem damit argumentiert, dass dieser unsere Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten der EG in unzumutbarer Weise einschränkt. Eigenartig ist bloss, dass dieses Argument im Zusammenhang mit den GATT-Verhandlungen bisher keine Rolle gespielt hat. Wir haben es in den letzten paar Jahren noch und noch erlebt, dass in den Agrarverhandlungen im GATT die ganzen Diskussionen schlicht und einfach zwischen den USA und der EG gelaufen sind. Bisher ist deswegen noch niemand auf die Idee gekommen, dass unser Land wegen mangelnden Gestaltungsmöglichkeiten aus dem GATT austreten könnte ... Und die Aussagen der EWR-Gegner für eine weltoffene Schweiz lassen solches auch nicht erwarten. Wir sollten uns endlich mit der Tatsache abfinden, dass wir als kleines Land nicht Weltmacht spielen können.

Ich bin der Meinung, dass alle ihren Beitrag für eine wettbewerbsfähige Schweiz leisten müssen. Ich wehre mich gegen ein Bauernopfer, sei es, dass die Bauern in den GATT-Verhandlungen alleine Konzessionen leisten müssen, sei es, dass unser Land der EG beitritt und damit die für die Bauern ruinöse Agrarpolitik für Brüssel übernehmen muss. Trotz aller Wenn und Aber sehe ich keine im Moment greifbare Alternative zum EWR, mit der dieses Dilemma einigermaßen zu lösen wäre.

Manfred Bötsch,
Schweizerischer Bauernverband



Mit einem Ja zum nicht nur verlockenden EWR den Zwang zum EG-Anschluss abschwächen

Von den Gegnern des EWR wird behauptet, ein Ja sei gleichzeitig ein Ja zur EG. Nur der Alleingang garantiere den Schweizern die volle Freiheit und Souveränität. Wohl wissend, dass das Volk am liebsten von politischen Veränderungen verschont den beachtlichen Wohlstand genießt, wird suggeriert, der Alleingang garantiere die Wohlstandsinsel Schweiz auf alle Zeiten, und jede Verpflichtung in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum sei vom Teufel.

Der Vertrag über den europäischen Wirtschaftsraum ist nichts völlig Neues. Seit 20 Jahren bestehen im Rahmen der EFTA zwischen den Neutralen und der EG Vereinbarungen über den Verkehr mit Waren. Mit dem EWR sollen nun auch Menschen, Dienstleistungen und Kapital freier zirkulieren können. Natürlich läßt uns der EWR nicht mehr jede politische Freiheit, aber auch im Alleingang geht es nicht ohne Anpassungen und Zugeständnisse. Schon heute werden ja viel mehr Normen und Gesetze angepasst als politisch Unbeteiligte ahnen. In der Diskussion zieht jede Gruppierung Bilanz über eigene Vor- und Nachteile, ohne daran zu denken, dass Nachteile für ihre Sozialpartner auf die eigene Situation abfärben können. Unter totalem Einsatz und grossen Entbehrungen haben Generationen sich eingesetzt, bis die Schweiz den heutigen Reichtum erreicht hat. Die neben vielen herrlichen Errungenschaften auch sichtbaren negativen Auswirkungen des Wohl-

standes verleiten eine junge Generation zunehmend zum Ausruhen auf den scheinbar fetten Polstern. Es ist leichter, aus dem «Armenhaus Europas» der alten Schweiz das reichste Land der Welt zu machen, als das reichste Land über Generationen zu bleiben. Auch wenn das Volk am 6. Dezember den EWR-Vertrag ablehnt, werden uns (nicht nur in der Landwirtschaft) schmerzliche Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesse bevorstehen. Allzu leicht könnte dann der Ruf nach einem EG-Beitritt um so heftiger ertönen, womit die Gefahr des Mitgegangenen – Mitgehangenen bedenklich zunimmt.

EG – die Fortsetzung eines Grössewahn

Seit der römische Kaiser Hadrian ein Reich von Indien bis Irland beherrschte, stieg der Wahn vom grossen Europa immer wieder auf. Herrn Delors Vorpellen mit der Währungsunion ist nur die Fortsetzung von Napoleon und Hitler. Wirtschaftsmacht hat militärische Macht abgelöst – der Scherbenhaufen ist nicht kleiner – Ostblock und Jugoslawien lassen grüssen. Geben wir also die Möglichkeit, mit dem EWR so stark zu werden, um beim politischen Einverleibungsversuch der EG nein sagen zu können.

Demokratie und Freiheit neu entdeckt?

Wenn von den Gegnern so verbissen und missionarisch zugleich der Grabgesang für Demokratie und Freiheit im EWR angestimmt wird, ist es absolute Pflicht, das Freiheits- und Demokratieverständnis dieser Politiker etwas unter die Lupe zu nehmen. Wo standen sie, wenn es um die Freizügigkeit der Pensionskassengelder ging? Sie waren bei den Verhinderern, was für alle über 50jährigen moderne Sklavenhaltung bedeutet. Wo standen sie beim Bodenrecht? Mit der Torpedierung jedes Regelungsversuchs sind sie verantwortlich dafür, dass immer weniger Normalschweizer Boden kaufen kön-

nen und überrassene Bodenpreise Mieter, Gewerbe und Industrien drücken. Am eindeutigsten ist es bei den gegnerischen Agrarpolitikern. Sie haben nicht nur die Milchkontingentierung bekämpft bis die Ungerechtigkeiten himmelschreiend waren, eine vernünftige Ökologisierung und Direktzahlungen verhindert bis die Bundeskasse leer sind, sie sind auch fest daran, die Schweizer Landwirtschaft den Liberalisierungsbestrebungen des GATT zu opfern, weil das GATT, das den Sponsoren gewisser Agrarpolitiker heilig ist, die Bauern zwingt, zu Weltmarktpreisen zu produzieren, ohne von Verbilligungen ihrer Aufwandseite durch EWR zu profitieren.

Es ist nicht das erste Mal, dass Demokratie und Freiheit erhalten müssen, um die fetten Pfründe gewisser Herren zu schützen, die im persönlichen Machtbereich mit den gleichen Begriffen sehr grosszügig umgehen. Ja zum EWR bedeutet nicht eine perfekte Lösung, aber das kleinere Übel.

Ernst Frischknecht, Tann

Gedanken zum EWR

Am 9. Dezember können die Stimmberechtigten Schweizer und Schweizerinnen das vorliegende Vertragswerk zum Europäischen Wirtschaftsraum annehmen oder sie können es ablehnen. Schon oft bin ich als biologisch wirtschaftender Bauer angesprochen worden, wie ich denn über EWR, EG usw. denke. Und jedesmal habe ich gespürt, dass ich selbst in dieser Frage unsicher bin.

Wir sind doch alle Erdenbürger. Was soll deshalb das patriotische

Gehabe von der heilen Schweiz, die sich nach aussen abkapselt und verschliesst? Das sind doch Einstellungen und Haltungen aus vergangenen Zeiten, denke ich. Wir können uns nicht verschliessen, wir sind doch alle voneinander abhängig und füreinander verantwortlich. Und diese Verantwortung macht sicher nicht vor der Landesgrenze halt. Tausende von Beispielen könnten hier aufgeführt werden. Beispielsweise das Verhältnis der sogenannten Ersten Welt zur Dritten Welt. Beispielsweise die Konsequenzen, die die Öffentlichkeit und damit auch ich als Biobauer zu tragen haben, wenn ein Spekulant es fertig bringt, Geldinstitute zu betrügen.

Die Argumente, die hauptsächlich für den EWR angeführt werden, beziehen sich zum grössten Teil auf den Fortbestand unserer Wirtschaft, einer Wirtschaft, die anerkanntermassen auch negative Elemente enthält. Ich denke an die immer grösser werdende Kluft zwischen den Armen und den Reichen dieser Erde. Oder an das grenzenlose Wachstum der Transporte und des Verkehrs überhaupt, und das ohne Rücksicht auf die Umwelt.

Wenn ich mir das vor Augen halte, so zerschlagen sich meine Hoffnungen sehr schnell, dass die Verantwortung innerhalb der Gesellschaft – für die anderen Glieder dieser Gesellschaft – in Zukunft und in einem Grosseuropäischen «Land» wachsen werden. Im Gegenteil. Wenn nur diese wirtschaftlichen Aspekte entscheidend sind, so führt der EWR zwar zu kurzfristigem Profit, ist jedoch von echter Problemlösung weit entfernt.

Wenn ich in der Frage des EWR unsicher bin, eines weiss ich mit absoluter Bestimmtheit: Als Bio-Bauer mag ich nicht Aushängeschild für oder gegen den EWR sein. Schon oft und auch an öffentlichen Veranstaltungen bin ich in diese Richtung angesprochen worden. Ihr Bio-Bauern müsst doch keine Angst haben, Ihr produziert ja keine Über-

schüsse, Ihr seid im Trend, heisst es etwa.

Für mich zählt in dieser Angelegenheit jedoch ein anderer Massstab als derjenige des aktuellen Trends oder, anders gesagt, des Zeitgeistes. Um die Landwirtschaft und um die echte Pflege der Umwelt ist es weltweit schlecht bestellt. Sowohl die Bauern in den armen Ländern dieser Erde als auch die Bauern der Industriestaaten kämpfen ums Überleben. Und deshalb zählt für mich das, was eine Gemeinschaft oder ein Staat zum Schutz und Erhalt gerade derjenigen leistet, die an der Pflege der natürlichen Ressourcen beteiligt sind. Als Massstab könnte hier genommen werden, was von diesem Zeitgeist in der Gesetzgebung der Gemeinschaft spiegelt. Hier ist jedoch (von wenigen Ausnahmen abgesehen) wenig bis nichts im Gange. Die Diskussion darüber, auch im Zusammenhang mit dem EWR, ist bis heute nicht angekommen.

Welche Rolle wird in Zukunft, gerade auch von unseren «Verbündeten» wie den Umweltorganisationen, dem biologischen Landbau zugebracht? Extensivierung sei der Weg zur Ökologie, wird gesagt. Für mich ist das eindeutig ein Irrtum. Was hilft es, wenn in der Schweiz weniger, auch biologische Produkte, angebaut werden, um auf der anderen Seite mehr zu importieren? Und deshalb kann ich mich mit dieser Rolle auch nicht anfreunden. Ökologisierung heisst, wenn schon, Intensivierung, selbstverständlich unter ökologischen Vorzeichen.

Sie wollten wissen, wie ich zum EWR stimme? Da sage ich ... nein.

Beat Hänni, Kirchlindach

Junge Frau sucht...

Mein Wunsch ist es, zusammen mit meinem Sohn (6) auf einem Biohof (oder in der Nähe) zu wohnen und mitzuhelfen im Haus und auf dem Hof (ich bin entsprechend ausgebildet). Termin nach Vereinbarung.

Wenn Sie interessiert sind oder etwas wissen, freut es mich, wenn Sie sich melden.

Kontakt-Telefonnummer 01/980 05 42

Forderungen der Bio-Bauern zu Artikel 31b LwG

Die Schweizer Bio-Bauern praktizieren seit Jahrzehnten mit grossem persönlichen Engagement aktiven Umweltschutz. 1992 werden von der *Vereinigung schweizerischer biologischer Landbau-Organisationen (VSBLO)* 1500 landwirtschaftliche Betriebe kontrolliert und mit der «Knospe», dem Gütezeichen für Schweizer Bio-Produkte, ausgezeichnet. Die Schweizer Bio-Bauern schätzen die Anstrengungen des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) und des Parlamentes, mit den Direktzahlungen eine Kehrtwendung Richtung mehr Ökologie einzuleiten. In bezug auf die Ausgestaltung dieser Direktzahlungen haben sie folgende Forderungen:

1. Vor allem gesamtbetriebliche extensive Anbaumethoden fördern (Biologischer Landbau und Integrierte Produktion)

Art. 31b des Landwirtschaftsgesetzes verlangt eine Förderung von «besonders umweltschonenden Produktionsformen». Diesem Anspruch werden nur gesamtbetriebliche Anbaumethoden gerecht, die **verbindliche** Vorschriften in bezug auf die Fruchtfolge, das Nährstoff-Niveau, den Tierbesatz, die Anwendung von Hilfsstoffen (Pestiziden, genmanipulierten Pflanzen und Tieren) und Mindestanforderungen in bezug auf den Anteil ökologisch wertvoller Flächen enthalten. Der **organisch-biologische und der bio-dynamische** Landbau verdienen gemäss zahl-

reichen wissenschaftlichen Untersuchungen unbestritten das Prädikat «besonders umweltschonend». Als Minimalanforderungen an diese Anbauweise sind die «*Richtlinien für die Erzeugung, Verarbeitung und den Handel von Produkten aus biologischem (ökologischem) Anbau*» der VSBLO (neuste Revision vom 8. Oktober 1992) zu verlangen, da sie die produktionstechnischen Massnahmen (die schlussendlich für die ökologischen Auswirkungen entscheidend sind) viel genauer umschreiben als die *EG-Verordnung Nr. 2092/91 über den ökologischen Landbau* und auch die Anforderungen an die Tierhaltung und Fütterung bereits streng regeln.

Die **integrierte Produktion (IP)** ist eine Anbauweise, die ökologisch ungünstige Auswirkung zu vermindern versucht, die aber immer noch zahlreiche (für die Umwelt nicht unproblematische) produktionstechnische Massnahmen zulässt, um das Risiko für die Landwirte klein zu halten. Als Minimalanforderungen an diese Anbauweise sind die Richtlinien der *Schweizerischen Stiftung für umweltschonende und tiergerechte Produktion (SUT)* zu verlangen, die als bisher einzige IP-Vorschriften einen echten Fortschritt Richtung umweltschonende Bewirtschaftung bringen.

Die Hauptunterschiede zwischen dem biologischen Landbau und der integrierten Produktion sind in *Tabelle 1 (unten)* dargestellt.

Erhebungen auf 1000 Bio-Betrieben im Rahmen der Betriebskontrolle 1991 haben ge-

Tabelle 1. Ökologisch relevante Unterschiede zwischen BIO und IP

Die Richtlinien des biologischen Landbaus **verbieten:**

- leichtlösliche Mineraldünger (Stickstoff, Kalium, Phosphor und Spurenelemente)
- Herbizide
- chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel (Pestizide)
- chemisch-synthetische Futtermittelzusätze

und **limitieren:**

- das Nährstoff-Niveau eines Betriebes durch Einschränkungen des Tierbesatzes und des Futterzukaufes
- den Anteil an humuszehrenden Hackfrüchten (auf etwa 50 Prozent des Anteils auf IP-Betrieben) und Getreide (auf etwa 90 Prozent des Anteils von IP-Betrieben) sehr stark

und **verlangen:**

- bodenschonende Fruchtfolgen mit einem sehr hohen Anteil an Kunstwiesen und Zwischenfrüchten/Grünbedeckungspflanzen